

Die USA können sich vor dem Staatsbankrott nur retten, wenn sie die übrige Welt ins wirtschaftliche Chaos stürzen – behauptet der Wirtschaftsexperte Christopher King.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 070/10 – 12.03.10**

Die USA betreiben den wirtschaftliche Niedergang der Welt Das Mysterium des Afghanistan-Krieges

Von Christopher King

REDRESS INFORMATION & ANALYSIS, 01.03.10

(<http://www.redress.cc/global/cking20100301>)

Christopher King behauptet: "Es besteht eine Situation, in der es den Interessen der USA dienen würde, einen 'Kalten Krieg' mit Russland und China zu provozieren, weil sie dann ihre Auslandsschulden vergessen, den Iran angreifen und eine direkte Kontrolle über alle Ölfelder im Mittleren Osten und über Europa ausüben könnten."

Lassen Sie uns den rätselhaften Krieg in Afghanistan betrachten. Kürzlich äußerte Generalleutnant Hamid Gul (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Hamid_Gul), der ehemalige Kommandeur der Armee Pakistans, der in den Jahren 1987-89 Chef des pakistanischen Geheimdienstes Inter-Service Intelligence / ISI war: "Was die Amerikaner in der jetzigen Situation eigentlich zu erreichen versuchen, weiß ich nicht. Ihre politischen Ziele sind eher zweideutig. Mit jedem militärischen Konflikt wird eine politische Absicht verfolgt. In dem Krieg in Afghanistan kann ich aber keinen politischen Zweck erkennen."

Die ökonomische Irrationalität der US-Kriege

Den gleichen Gedanken hatte auch ich. General Gul spielte eine Schlüsselrolle bei der Versorgung der afghanischen Mudschaheddin mit Nachschub und bei der Niederlage, die diese der Sowjetunion zufügten. Er weiß eigentlich, was läuft. Wenn General Gul mit seinem Hintergrund und seinen Verbindungen nicht mehr versteht, welche politischen Ziele die Amerikaner verfolgen, müssen diese sehr ungewöhnlich sein. Weil er keine bessere Erklärung hatte, vermutete er, dass die Motivation (für den Afghanistan-Krieg) aus der Innenpolitik der USA kommt. Ich habe schon einmal gesagt, dass die USA ihre Kriege hauptsächlich führen, um mit Hilfe der NATO und ihrer Basen (in europäischen Ländern) ihre Kontrolle über Europa und seine Wirtschaft auszubauen. Dieses Ziel verfolgt die USA in Europa, damit ist das Bild aber noch nicht vollständig.

Für General Gul sind auch die Kosten dieser Kriege rätselhaft. Sie stehen in keinem Verhältnis zum möglichen Gewinn. Die Gesamtkosten für die Kriege im Irak und in Afghanistan betragen bis heute schätzungsweise 3 Billionen US-Dollar. Es gibt keine Belege dafür, dass die USA aus der Besetzung des Iraks bedeutende finanzielle Rückflüsse erwarten könnten, und auch von Afghanistan ist nichts zu erwarten, außer dem möglichen Bau einiger Pipelines, die leichter zu bauen gewesen wären, wenn man die Taliban bestochen hätte. Für die riesigen Kriegskosten der USA muss es einen sehr guten Grund geben – einen, der die gesamte US-Wirtschaft betrifft.

Es sieht so aus, als handelten die USA irrational, wenn sie ihre eigene Wirtschaft gefährden, indem sie Mittel, die sie dringend für die Umstrukturierung dieser Wirtschaft bräuchten, für religiös motivierte Konflikte, Wahlsiege bestimmter Parteien und ihren militärisch-industriellen Komplex ausgeben. Die (daraus erwachsenden) Invasionen könnten aber

auch Teile eines rationalen Planes sein. Lassen Sie uns also annehmen, dass die USA einen rationalen strategischen Plan verfolgen, und lassen Sie uns versuchen, diesen Plan zu durchschauen. Wir sollten auch davon ausgehen, dass die enormen Kosten dieser Kriege nur dann zu rechtfertigen sind, wenn es dafür auch ökonomische Gründe gibt, denn die Kriege wurden vorsätzlich vom Zaun gebrochen. Wir sollten ebenfalls beachten, dass sie in einer Welt geführt werden, in der die Wirtschaftsgüter und Energiereserven immer knapper und teurer werden, die Weltbevölkerung ständig wächst und die Wirtschaftskraft der asiatischen Länder weiter zunimmt.

Während sie viel Geld für ihre Kriege ausgeben, erleben die USA gleichzeitig eine Krise ihrer Gesundheits- und Sozialfürsorge. David M. Walker, der frühere Hauptbuchhalter und Ausgabenkontrolleur der US-Regierung, versuchte jahrelang zu erreichen, dass die aus der Gesundheitsfürsorge erwachsenden Verpflichtungen ernst genommen werden. Dann trat er – offensichtlich frustriert – zurück. Schon die für die Regierung aus der Gesundheitsfürsorge erwachsenden Verbindlichkeiten könnten sie in den Bankrott treiben. Zur Zeit hat Präsident Barack Obama große Schwierigkeiten, das von ihm vorgelegte Gesetz (zur Reform der Gesundheitsfürsorge) verabschieden zu lassen. Selbst wenn es verabschiedet würde, blieben so schwerwiegende Mängel, dass es wahrscheinlich undurchführbar bliebe.

Die für das Jahr 2010 veranschlagte Staatsverschuldung der USA beläuft sich auf 13,7 Billionen Dollar, während das Bruttoinlandsprodukt / BIP nur 13,1 Billionen Dollar beträgt und das jährliche Haushaltsdefizit bei 1,3 Billionen Dollar liegt. Da die USA schon jetzt jährlich etwa 500 Milliarden Dollar Schuldzinsen bezahlen müssen, brächte sie jede Anhebung des Zinssatzes in ernsthafte Schwierigkeiten. Dieser Fall könnte bald eintreten, da es für die US-Regierung immer schwieriger wird, sich neues Geld zu borgen und den aus ihrer Verschuldung erwachsenden Verpflichtungen nachzukommen. China, dem die USA etwa eine Billion Dollar schulden, hat kürzlich US-Schuldverschreibungen für insgesamt 34 Milliarden US-Dollar verkauft und zeigt wenig Bereitschaft, neue zu kaufen. Angesichts dieser Zahlen ist die Frage nach dem Sinn der auf 3 Billionen Dollar angestiegenen Kosten für die US-Kriege im Mittleren Osten mehr als berechtigt.

Wenn alle den USA Kredite gewährenden Staaten aufhören sollten, weitere US-Schuldverschreibungen zu kaufen oder – was noch schlimmer wäre – anfangen, die bereits in ihrem Besitz befindlichen zu verkaufen, gerieten die US-Finanzen in große Schwierigkeiten. Wegen seines schwindenden Vertrauens in die US-Wirtschaft ist auch Russland vom Käufer zum Verkäufer von US-Wertpapieren geworden, wozu natürlich auch der an seinen Grenzen geplante US-Raketenabwehrschild beigetragen hat. In einem unabhängigen Bericht wurde enthüllt, dass die Federal Reserve (die US-Zentralbank, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Federal_Reserve_System) heimlich Schuldverschreibungen der US-Regierung aufkauft, die keine Abnehmer finden. (Weitere Infos dazu sind aufzurufen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP06609_230309.pdf .) Außerdem ist die chinesische Währung im Vergleich mit dem US-Dollar deutlich unterbewertet, was den Chinesen deutliche Handelsvorteile verschafft. Die USA fordern deshalb eine Aufwertung der chinesischen Währung. Die Chinesen könnten bald aufwerten – oder auch nicht.

Die USA haben nicht nur viele Schulden, sondern wegen des Konjunkturrückgangs, der durch ihre eigene Politik und die Habgier ihrer Banker ausgelöst wurde, auch eine hohe Arbeitslosigkeit, und deshalb wird es für sie wahrscheinlich immer schwieriger werden, sich weiteres Geld zu borgen. Die oben genannten Zahlen bestätigen diese Einschätzung. Weil zusätzlich eine weitere Erhöhung der Kosten für die Gesundheits- und Sozialfürsorge ansteht, werden sich die Probleme der USA noch verschärfen. Das vorausgesagte Ansteigen des BIP ist hauptsächlich im Finanz-Dienstleistungssektor zu erwarten und wird sich

allenfalls kurzfristig positiv auf die sonstige Wirtschaft auswirken. Das größte Strukturproblem der USA ist der Verlust von Arbeitsplätzen in der produzierenden Wirtschaft, weil die Produktion weitgehend nach Asien verlegt wurde. Auf lange Sicht drohen den USA deshalb eine noch höhere Arbeitslosigkeit und ein anhaltender Niedergang ihrer Wirtschaft und ihres Lebensstandards.

Die drei Hauptprobleme der USA sind deshalb der Verlust von Arbeitsplätzen in der Produktion, die schon jetzt sehr hohen und in Zukunft noch ansteigenden Staatsausgaben und die beim Borgen neuen Geldes zu erwartenden Schwierigkeiten. Das zentrale Problem ist jedoch der Verlust von Arbeitsplätzen, die einen hohen Mehrwert schaffen; daraus erwachsen alle anderen Probleme. Die USA müssten ihre Produktion neu aufbauen, weil sie aber unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht mit Asien konkurrieren können, werden sie das nicht schaffen.

Ein Versuch, dieses Problem zu lösen, könnte sich hinter der gegenwärtig von der Regierung betriebenen Untersuchung der bei Toyota-Autos aufgetretenen Sicherheitsprobleme verbergen. Etwa 45 Prozent der von Toyota in den USA verkauften Autos werden aus Japan importiert; es könnte sein, dass man mit dieser Untersuchung Toyota unter Druck setzen will, damit die japanische Firma 100 Prozent ihrer in den USA verkauften Autos auch dort produziert, dadurch neue Jobs schafft und ihren Preisvorteil gegenüber den US-Herstellern reduziert, was (den US-Herstellern durch höhere Verkaufszahlen) weitere Vorteile brächte. Mit solchen Einzelmaßnahmen lassen sich die Probleme der USA aber nicht beheben. Dazu ist ein radikaleres Vorgehen notwendig.

"Wirtschaftsterrorismus" – ein neuer Beweggrund für die Konflikte unserer Zeit?

Die radikalere Methode scheint darin zu bestehen, dass die USA einfach so weitermachen wie bisher, weiterhin Geld (im Ausland) borgen und sich zur Aufrechterhaltung ihrer inneren Stabilität einfach immer höher verschulden. Früher oder später werden andere Staaten aufhören, US-Bundesanleihen zu kaufen. China und andere werden wahrscheinlich ihre Schuldverschreibungen verkaufen. Wenn das geschieht, werden die USA den Chinesen wahrscheinlich "Wirtschaftsterrorismus" vorwerfen, einen Begriff, den die USA zunehmend als Rechtfertigung für das Auslösen eines neuen Konfliktes benutzen. Auch die Weigerung Chinas, sich an Sanktionen gegen den Iran zu beteiligen, könnte als Anlass für einen Konflikt mit China dienen. Man müsste einen Vorwand finden, um den Handel mit China zu begrenzen, damit die US-Produktion wiederbelebt werden kann und neue Jobs entstehen. Es wäre ein Versuch, den Weg zu einer neuen Industrialisierung einzuschlagen, der die USA schon einmal zu einer wirtschaftlichen Supermacht hat werden lassen.

Zu dieser Strategie könnte auch die Weigerung der USA gehören, ihre Schulden zurückzuzahlen. Das würde zwar ein internationales Chaos verursachen, von dem die USA aber weitgehend verschont blieben und das sie sogar für ihre Zwecke nutzen könnten. Wenn es den USA in dieser Situation gelänge, die Ölreserven des Mittleren Ostens unter ihre Kontrolle zu bringen, wäre nicht nur ihre eigene Energieversorgung gesichert, sie hätten auch ein Exportmonopol für Energie. Nur wenige andere industrialisierte Staaten könnten sich eine solche Position sichern. Die USA könnten das von ihnen kontrollierte Öl auch gegen andere Rohstoffe tauschen; wegen ihrer militärischen Stärke könnte sie niemand (an der Realisierung eines solchen Planes) hindern. Ihr langfristiges Ziel könnte eine Politik sein, die zu einer neuen Weltordnung führt, in der sie durch die Kontrolle der Energievorräte und gestützt auf ihre militärische Überlegenheit allein den Ton angeben.

Der Iran und der Irak – die eigentlichen Ziele des Afghanistan-Krieges

Ich habe schon früher gesagt, dass die USA den Irak nicht verlassen werden. Es wird

einen andauernden Strom von Ausreden für das Verbleiben (der US-Streitkräfte im Irak) geben, wie in dem gerade in der NEW YORK TIMES erschienenen Artikel von Thomas E. Ricks, in dem er – wie vor ihm andere – die Verpflichtung der USA betont, für Stabilität im Irak und das Wohlergehen seiner Bevölkerung zu sorgen (Ricks-Artikel s. <http://www.nytimes.com/2010/02/24/opinion/24ricks.html?scp=1&sq=Thomas%20E.%20Ricks&st=cse>). Saudi-Arabien haben die USA bereits in der Tasche, als Teil ihrer neuen "Einflusssphäre" oder des "Gebietes von besonderer strategischen Bedeutung". Nur ihre ins Stocken geratenen Unterwerfung Afghanistans scheint die USA davon abzuhalten, den Iran anzugreifen und sich seiner Ölfelder zu bemächtigen, was sie offensichtlich planen. Von daher gesehen, wäre es besser gewesen, wenn der Krieg in Afghanistan schneller zum Erfolg geführt hätte. Das Land hätte dann als Basis (für einen Überfall auf den Iran) dienen können. Als die US-Planer (nach der vorläufigen Entmachtung der Taliban) dachten, Afghanistan unter Kontrolle zu haben, wandten sie sich dem Irak zu, nachdem sie ihn (mit Lügen und Täuschungen) zu einem von der Öffentlichkeit akzeptierten Ziel gemacht hatten. Die Wiederkehr der Taliban hat die weitere Ausführung des von uns vermuteten Plans dann aber verzögert.

Inzwischen ist der Iran wach geworden. Die USA begehren zwar seine Ölreserven, aber der Iran hat starke konventionelle Streitkräfte. Sie wären viel schwieriger zu besiegen als die Armee Saddam Husseins. Schlecht ist auch, dass die US-Geheimdienste selbst bestätigten, der Iran habe überhaupt kein Atomwaffenprogramm. Die zunehmende Anreicherung von Uran 235 (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Uran>) könnte dem Iran aber in relativ kurzer Zeit die Möglichkeit zum Bau einer Atomwaffe verschaffen. Das erklärt auch, warum sich die USA so große Mühe geben, herauszufinden, über welche Kenntnisse zum Bau von Atomwaffen der Iran verfügt, und die Bedeutung, die sie früheren (Waffen-)Forschungsprogrammen beimessen, die wegen der laufenden Kontrolle durch die International Atomic Energy Agency / IAEA aber eigentlich irrelevant geworden sind.

Das ist ein plausibler Grund für das ansonsten unerklärliche Beharren der anti-iranischen US-Propaganda auf Sanktionen (gegen den Iran). Die USA werfen dem Iran mit unbewiesene Beschuldigungen vor, Atomwaffen bauen zu wollen, und obwohl alle vorliegenden Beweise diese Unterstellung entkräften, fordern sie ihn trotzdem auf, seine Urananreicherung einzustellen. Mit ihrem Bestehen auf harten Sanktionen verfolgen die USA den gleichen Kurs, den sie schon vor dem Überfall auf den Irak eingeschlagen haben. Deshalb hätte der Iran eigentlich allen Grund, sich tatsächlich Atomwaffen zu verschaffen.

Es geht den USA – wie man vermuten könnte – nicht nur darum, den Iran am Bau von Atomwaffen zu hindern. Der (wachsende) Widerstand in Afghanistan, der Washington bisher davon abgehalten hat, den Iran zu überfallen und unter Kontrolle zu bringen, macht es den USA auch unmöglich, den kompletten Mittleren Osten und den weltweiten Ölexport zu kontrollieren. Seine andauernde Unabhängigkeit verschafft dem Iran auch die Möglichkeit, sowohl sein Potenzial für die Produktion von Atomwaffen als auch seine Position als Hort des Widerstands im Mittleren Osten auszubauen. Wenn die Iraner Atomwaffen hätten, könnten sie die im Falle eines Angriffs auf ihr Land zu Recht gegen Israel oder die US-Basen im Irak und in Afghanistan einsetzen.

Nur deshalb ist Afghanistan so wichtig. Ich behaupte, dass Afghanistan selbst ziemlich unbedeutend ist. Die USA scheinen angenommen zu haben, das Halten ihrer Positionen in Afghanistan sei so leicht, wie ihr Eindringen tatsächlich gewesen ist. Die Invasion Afghanistans wurde wahrscheinlich als klassisches Militärmanöver zur Einkreisung des Irans konzipiert, der – zusammen mit dem Irak – das eigentliche Ziel war. Die Kontrolle über das östlich des Irans gelegene Afghanistan und über den westlich des Irans gelegenen Irak hätte sowohl die Durchsetzung von Sanktionen als auch einen Überfall (auf den Iran) er-

leichtert. Das war wahrscheinlich der eigentliche Grund, warum die USA beschlossen haben, Afghanistan und die Taliban anzugreifen; dafür gab es keinen legitimen Anlass, außer dem Vorwand, die Taliban böten Al-Qaida einen "sicheren Hafen". Nachdem die USA diesen Fehler gemacht haben, können sie ihn nur schwer wieder korrigieren.

Wenn meine Analyse richtig ist, bewahren die afghanischen Taliban den Rest der Welt vor einer in den USA geplanten wirtschaftlichen Katastrophe, weil sie einen US-Angriff auf den Iran und einen Konflikt mit China bisher effektiv verhindert haben. Falls diese (beiden) Ereignisse doch noch eintreten sollten, müssten viele Menschen leiden, ja sogar verhungern, und die Wirtschaft vieler Länder bräche zusammen. Das käme den Absichten der USA sehr entgegen, denn derart gebeutelte Staaten könnten sich nicht gegen die Ausbeutung ihrer Bodenschätze und ihrer agrarischen Ressourcen wehren. Die USA haben doch schon wiederholt bewiesen, dass sie das Leiden in anderen Ländern kalt lässt, obwohl sie sich immer als Retter der Armen und Unterdrückten aufspielen.

Die USA und Israel bilden die Achse der Okkupanten

Ohne die De-Facto-Kontrolle über den kompletten Mittleren Osten könnten die USA nicht sicher sein, dass es ihnen gelingt, den wirtschaftlichen Niedergang der Welt zu vollenden. Das Anstreben einer De-Facto-Beherrschung ist auch die Strategie, die Israel mit seiner Besetzungspolitik und seinem Siedlungsbau verfolgt. Dieser Faktor und die Berufung auf den (angeblich nie erloschenen) jüdischen Staat und die kulturelle Kontinuität, die als Grundlage der jüdischen Kultur angesehen werden, hat auch dazu geführt, dass jüdisch-zionistische Experten in der strategischen Planung der USA den Ton angeben. Von den US-Plänen, den Mittleren Osten unter Kontrolle zu bringen, würde natürlich auch Israel profitieren, denn sie beschreiben nur eine mit Hilfe der USA betriebene Ausweitung der gegenwärtigen israelischen Praxis.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass Israel (ohne mit Konsequenzen rechnen zu müssen) die USA immer wieder manipulieren und die US-Forderungen nach dem Stopp seines Siedlungsbaus ignorieren kann und trotzdem weiterhin bedeutende Finanz- und Militärhilfen erhält. Präsident Obama hätte diese Praxis beenden müssen. Es gibt Belege dafür, dass Israel eine entscheidende Rolle bei den US-Planungen für den Mittleren Osten und den daraus abgeleiteten Aktionen spielt. Während Israel unbedingt den Iran angreifen möchte, versuchen die USA das allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu verhindern, denn wegen ihres Engagements in Afghanistan könnten sie diesen Angriff nicht für eine gleichzeitige Invasion nutzen.

Es scheint keine anderen (als die beschriebenen) Mittel zu geben, mit denen die USA ihre industrielle Produktionskraft wieder herstellen und gleichzeitig ihre Position als stärkste Militärmacht der Welt aufrechterhalten könnten. Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass die USA die Entwicklung einer multipolaren Welt für inakzeptabel halten. Wie könnten realpolitische Reaktionen anderer Staaten (auf den Weltherrschafts-Anspruch der USA) aussehen? Sie könnten wegen der atomaren und militärischen Dominanz der USA sehr wenig tun, wenn diese eine De-Facto-Beschlagnahmung von 60 Prozent die Ölreserven der Welt vornehmen sollten.

In diesem Nullsummen-Spiel werden die USA alles gewinnen, was der Rest der Welt verliert. Das ist tatsächlich der einzige Kurs, den die USA noch steuern können, wenn sie ihre gegenwärtige Politik beibehalten, da sie sonst einen wirtschaftlichen Kollaps erleiden werden. Da sie den immer wieder öffentlich verkündeten Ehrgeiz haben, der mächtigste Staat der Welt zu bleiben, haben sie nur noch eine Option: Sie müssen die Welt mit ihren Kriegen ins Chaos stürzen, um ihre eigene Produktionsbasis regenerieren zu können.

Wirtschaftspolitisch schafft dieser Kurs neue Exportmärkte in den Ländern, deren Wirtschaft er zerstört; das ist die Rückkehr zum klassischen Kolonialmodell.

Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass die USA sich für eine Strategie entscheiden könnten, die allen Ländern Vorteile brächte, indem sie zum Beispiel das Geld für ihre Kriege im Mittleren Osten in Forschungen zur Energiegewinnung aus Wasserstoff investieren. Im Gegensatz zum international geförderten Fusionsprogramm Großbritanniens, das nach Energiegewinnung strebt, ist das Forschungsprogramm der USA zur Wasserstoff-Fusion nur auf die Entwicklung neuer Waffen ausgerichtet. (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Kernfusion>)

Ein neuer Kalter Krieg mit Russland

Es wäre ideal für die USA, wenn sie die Europäische Union als Partner für ihre abenteuerliche Politik gewinnen könnten; mit Hilfe des Verräters Anthony Blair haben sie es schon geschafft, Staaten der EU in ihre Kriege im Irak und in Afghanistan zu verstricken. Die Position der EU ist jedoch nicht eindeutig. Wenn Russland ihr Energie- und Rohstoff-Lieferant bleibt, könnte die EU ein vernünftiges Gegengewicht aufbauen, falls die USA den Niedergang der Weltwirtschaft beschleunigen wollten. Deshalb scheinen die USA entschlossen zu sein, die guten Beziehungen (einiger europäischer Staaten) zu Russland zu untergraben. Diesem Zweck dient auch die wider alle Vernunft von den USA forcierte Installation eines Raketenabwehrschildes an Russlands Grenzen. Nach vielem Gerede über die Zusammenarbeit mit Russland auf dem Gebiet der (Atom-)Waffen, verhandeln die USA zur Zeit mit Rumänien über die Aufstellung von Abfangraketen auf dessen Territorium. Damit verfolgen sie nur die Absicht, Russland zu provozieren und seine Beziehungen zu EU-Staaten zu stören. Wir haben auch den von den USA inspirierten militärischen Konflikt Georgiens mit Russland und die (bewusst herbeigeführten) Probleme bei der Durchleitung russischen Erdgases durch die Ukraine erlebt. Ein Rückfall in den Kalten Krieg mit seinen unterkühlten Beziehungen zu Russland käme den USA sehr gelegen.

Auf jeden Fall müssen die USA versuchen, einen Teil der nach China und in andere asiatische Länder ausgelagerten Jobs wieder zurückzuholen. Das könnte während einer Periode der Instabilität geschehen, die im Anschluss an eine Rückzahlungs-Verweigerung der USA einträte und zum Abbruch der Beziehungen zu China führen könnte. Chinas Unterstützung für den Iran könnte ein nützlicher Vorwand dafür sein. Die gegenwärtige Situation, in der China mit den hohen US-Schulden eine ökonomische Waffe gegen die USA in der Hand hat, ist mit der US-Obsession, allmächtig zu sein und alles unter Kontrolle zu behalten, ohnehin unvereinbar.

Es ist bezeichnend, dass der Haushalt 2010 für die US-Geheimdienste erst verabschiedet werden konnte, als das Folterverbot und die angedrohten Strafen aus der Gesetzesvorlage entfernt wurden. Die Folter durch die US-Geheimdienste ist jetzt vollkommen legal und kann nicht bestraft werden.

Eine derart unmoralische Regierung ist zu allem fähig. Deshalb ist es besonders wichtig, dass Großbritannien und die andern EU-Staaten die Regeln des Völkerrechts beachten und sich an die Verpflichtung zu friedlichen Beziehungen zwischen den Staaten halten. Es ist auch dringend erforderlich, neue Bündnisse zu schließen, die sich nur dem Frieden verpflichtet fühlen, und die gegenwärtige EU-Kollaboration mit den USA in den (völkerrechtswidrigen) Angriffskriegen im Mittleren Osten aufzukündigen. Diese sind nicht nur moralisch verwerflich, durch ihre Beteiligung daran machen sich die EU-Staaten auch selbst zu Sklaven der USA.

Zusammenfassend heißt das: Es besteht eine Situation, in der es den Interessen der USA dienen würde, einen "Kalten Krieg" mit Russland und China zu provozieren, weil sie dann ihre Auslandsschulden vergessen, den Iran angreifen und eine direkte Kontrolle über alle Ölfelder im Mittleren Osten und über Europa ausüben könnten. Hinweise in dem in den USA beschlossenen NATO First Act (dem Ersten Gesetz zur Nato) und Anzeichen aus der Besetzung des Iraks und Afghanistans lassen vermuten, dass der geschilderte Plan bereits umgesetzt wird. (Das Gesetz hat die Kennziffer H.R.2797 und ist aufzurufen über <http://www.govtrack.us/congress/bill.xpd?bill=h111-2797> .)

Lassen Sie sich zum Schluss diesen Gedanken durch den Kopf gehen: Die afghanischen Taliban und der Iran sind keinesfalls Feinde Europas, denn sie halten, ohne sich dessen bewusst zu sein, den Sturz der Weltwirtschaft ins Chaos auf, den die USA und Israel geplant haben.

Christopher King war Berater und Dozent für Management und Marketing. Er lebt im Ruhestand in London, UK, und dankt antiwar.com für einige der in diesem Artikel verwendeten Informationen.

(Wir haben den bemerkenswerten Artikel Christopher Kings, der erschreckende Zusammenhänge aufzeigt, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

Redress Information & Analysis

1 March 2010

America and world economic meltdown

The mystery of the Afghanistan war

By Christopher King

Christopher King argues that "a situation exists in which it may be in the interests of the United States to seek a 'cold war' situation with Russia and China as a pretext for defaulting on its external debt, attacking Iran, taking direct control of all Middle Eastern oilfields and effective control of Europe".

Let us consider a puzzle about the Afghanistan war. Recently, Lieutenant-General Hamid Gul, formerly of the Pakistani army and head of the country's Inter-Service Intelligence (ISI) agency (1987-89), remarked: "In this situation, what are the Americans trying to achieve – I don't know. There is much ambiguity about their political objectives. Every military conflict must have a political purpose. I cannot discern that there is any political purpose."

Economic irrationality of US wars

I had been thinking the same thing. General Gul had a key role in supplying matériel to the Afghan mujahidin and their defeat of the Soviet Union. He knows what is going on. If General Gul with his background and connections cannot understand American political objectives, they must be very unusual. He surmises for want of a better explanation that the motivation is domestic American politics. I have said previously that these wars are primarily for the US to consolidate its control of Europe and its economy through US bases and NATO. I believe this to be the US's European objective but it cannot be the entire picture either.

What may be puzzling General Gul is the cost of these wars. Their cost is completely disproportionate to any evident benefits. An estimate for all-in costs for the Iraq and Afghanistan wars is USD 3 trillion to date. There is no evidence that the US is getting a commensurate return from its occupation of Iraq; nor that there is any significant return to be had from Afghanistan beyond perhaps building some pipelines that might more easily have been built by bribing the Taliban. This figure demands a very good reason – something at whole-country economic level.

The US might be acting irrationally in endangering its economy by diverting resources from essential economic restructuring for religious reasons, party electoral advantage or feeding its military-industrial complex. Alternatively, these invasions are part of a rational plan. Let us assume that a rational strategic plan underlies them and make an attempt to identify it. We should also assume that to justify the enormous cost of these wars there must be an economic motive since they are wars of choice. We should note too that they take place in a world context of increasingly scarce and costly commodities and energy supplies, an increasing world population and the rise of the Asian economies.

Now, at the same time as supporting its wars, the US has a crisis deriving from medicare/welfare costs. The ex-comptroller-general of the US government, the government's chief accountant, David M. Walker, spent years attempting to get future medicare obligations taken seriously. He resigned, evidently in frustration. The medicare liability is of government bankruptcy proportions. At present, President Barack Obama is finding difficulty in having legislation to deal with this passed. Even if passed, it will evidently have severe, perhaps unworkable deficiencies.

This is at a time when the projected 2010 US national debt is USD 13.7 trillion with GDP 13.1 trillion and the annual budget deficit USD 1.3 trillion. With interest payable on debt at about 500 billion, any increase in the interest rate that the US must pay will be very serious. This could come about if the US government finds it difficult to place its borrowing requirements and roll over current debt falling due. In this respect, China has about USD 1 trillion of US debt, has recently sold USD 34 billion and is showing reluctance to buy more. These figures are of a scale relevant to making sense of the USD 3 trillion cost of the US's Middle East wars.

If its supporting countries should cease buying debt or, worse, sell their existing US debt, US finances would be in deep trouble. Russia is now a seller rather than buyer of US securities due to its waning confidence in the US economy, to say nothing of US missiles planned for its borders. An independent report suggests that at the present time the Federal Reserve might be secretly buying-in government securities for which there is no demand. Additionally, China's currency is pegged against the dollar; the US considers that the renminbi is seriously undervalued, adding to China's trading advantage and would like it revalued. The Chinese might do this soon – or might not.

The US, therefore, owes a great deal, has high unemployment due to the recession triggered by its own policies and bankers and will probably find borrowing increasingly difficult. Convenient figures are here. Together with increasing costs of medicare and social security, the US's problems can be expected to get worse. Although GDP is forecast to improve, this will be mainly in the financial services sector. Benefits do not "trickle down" significantly within the economy and are a short-term possibility. The US's most serious structural problem is the loss of manufacturing employment because manufacturing has shifted to Asia. Long term, the US faces severe unemployment and decline in its economy and living standards.

Three major fundamental problems are therefore loss of manufacturing jobs, high present and future government expenditure and issues arising from the need for external borrowing. The central problem, however, is loss of high value-added jobs from which all other problems flow. US manufacturing needs to be rebuilt but the present environment in the US is uncompetitive with Asia and, as matters stand, this cannot occur.

A solution to this problem is hinted at by the current government inquiry relating to safety issues around Toyota cars. Toyota imports about 45 per cent of its cars into the US, so it is possible that the purpose of this inquiry is to put pressure on Toyota to manufacture 100 per cent within the US, so increasing employment, reducing price competition with US manufacturers and gaining other benefits. As a general approach, however, this would not solve the US's problems. Something more radical would be needed.

“Economic terrorism” – a new raison d'être for a new era of conflict?

The more radical approach that the US appears to be pursuing is to simply continue to do what it is doing now, that is, to continue to borrow and overspend in the interests of domestic stability. Sooner or later, other countries will cease to buy US treasuries. China and others will probably sell their treasury debt. At this point, they could be accused of economic terrorism, a term that the US increasingly uses as a justification for a conflict situation. Other grounds might also be found for conflict, particularly with China, for example over Chinese unwillingness to support sanctions against Iran. The point would be to find a pretext for trade sanctions against China in order to revitalize US manufacturing and re-create US jobs. It would be an attempt to recreate the path of industrialization that the US followed in becoming an economic superpower.

Such a strategy would probably involve default on US debt. This would create international chaos but it would be external to the US and temporary for it for an important reason. The US would hope to control the oil reserves of the Middle East and enjoy not only energy security but an energy export monopoly. Few other industrialized countries would have such security. The US would also be in a position to barter oil for raw materials and, because of its military strength, would be untouchable. Its long-term objective would be to restructure the world order around its own policies enforced by its control of most exportable energy and its military capabilities.

Iran and Iraq – the real targets of the Afghan war

I have said previously that the US cannot leave Iraq. A constant stream of excuses for staying are now emerging, such as this one by Thomas E. Ricks in the New York Times, who with others, presses the US's concern for stability and the welfare of the Iraqi people. Saudi Arabia is already in America's pocket, part of its new “sphere of influence” or “area of special strategic importance”. Only being bogged down in Afghanistan appears to prevent the US from attacking Iran and seizing its oilfields as it obviously wishes to do. From this viewpoint, the attack on Afghanistan would have been useful if it could have been done quickly and finally. It might then have been used as a base. When US planners thought that this had in fact been accomplished they moved on to Iraq as the next publicly acceptable target. The Taliban resurgence has caused a delay in (what we may assume to be) this plan.

In the meantime, Iran has been alerted. The US covets its oil reserves but Iran has strong conventional armed forces. They would be difficult to defeat as Saddam Hussein found. Worse, although the US intelligence services themselves report that it does not have a nuclear weapons programme, Iran's growing U235 enrichment capability might give it the

ability to create nuclear weapons in a relatively short time. This could be the explanation why the US is at pains to discover what knowledge of nuclear weapons construction Iran possesses and the importance it places on past research which, with current International Atomic Energy Agency inspections, would seem to be irrelevant.

This, therefore, is a plausible reason for the otherwise inexplicable virulence of US anti-Iran propaganda and sanctions. The US makes unprovable accusations of Iran's intention to create nuclear weapons and, in the face of all evidence to the contrary, makes irrational demands to stop Iran's uranium enrichment. Its insistence on a harsh sanctions regime follows the same path as it followed before attacking Iraq. If anything, it is giving Iran good reasons to develop a weapons programme.

It is not, we might conjecture, merely that the US wishes to prevent Iran from acquiring nuclear weapons. Afghan resistance and the Washington's failure to quickly invade and control Iran prevents the US from controlling the entire Middle East and world oil exports. Meanwhile, Iran's continued independence allows it to further develop its potential for nuclear weapons production as well as maintaining its potential for acting as a focus of resistance in the Middle East. If Iran were to have nuclear weapons it might justifiably use them against Israel or the US bases in Iraq and Afghanistan in the event of an attack against it.

This, then, is Afghanistan's importance. I suggest that Afghanistan is in itself unimportant. It appears that the US considered that invading and holding Afghanistan would be easy, as in fact it was at first. The invasion was probably conceived as a classical army manoeuvre in outflanking Iran which, along with Iraq, were the primary targets. Control of Afghanistan on Iran's eastern side, together with Iraq on Iran's western border makes enforcement of sanctions against Iran more effective and facilitates invasion. This was probably the reason why the US chose to attack Afghanistan and the Taliban, against whom it has no legitimate quarrel, on the pretext that they "gave safe haven" to Al-Qaeda. Having made this error, it finds disengaging to be highly problematic.

If this analysis is correct, the Afghan Taliban are effectively defending the rest of the world from a US-planned economic meltdown in delaying a US attack on Iran and a crisis with China. If such an event should occur, there would be widespread suffering, starvation and the devastation of many economies. This would suit US purposes as such countries could not easily challenge the exploitation of their resources, whether mineral or agricultural. The US has proved itself to be indifferent to the suffering of others while loudly proclaiming its championship of the poor and oppressed.

US-Israel axis of occupation

Without de facto control of the entire Middle East, the outcome of world economic meltdown would be much more uncertain for the US. The reliance on de facto occupation is the strategy of Israel's occupation both of the land on which it stands and the construction of settlements. This factor together with the hint of empire and cultural continuity that are the narrative of Jewish culture suggest that Jewish Zionist planners are prominent in US strategic planning. Such a plan for US Middle Eastern control also benefits Israel of course and would be merely an extension of current Israeli practice in concert with the US.

In this connection, we might recall the extraordinary Israeli confidence that Israel can both manipulate the US and ignore US demands to cease settlement-building activities while continuing to receive substantial military and financial aid. President Obama has had to back off from such demands. The indication is that Israel has a vital role in US Middle East-

tern planning and possibly action. Despite Israel's desire to unilaterally attack Iran, the US is discouraging this, conceivably because, occupied in Afghanistan, it is at present unable to take advantage of such an attack with a simultaneous invasion.

There appears to be no other means by which the US might restore its industrial and manufacturing strength and at the same time maintain its position as the most powerful country in the world. There is good reason to suppose the development of a multipolar world to be unacceptable to the US. What would be the reactions of other countries in terms of realpolitik? Very little could be done to reverse such a de facto confiscation of 60 per cent of the world's oil reserves due to the US's nuclear and military capabilities.

This is a zero-sum scenario in which the US gains what the rest of the world loses. In reality, this course is the only one open to the US if it maintains its present policies since they are leading it to economic collapse. To maintain its publicly-stated ambition to remain the most powerful country in the world, this appears to be its only option: to create chaos for others while regenerating its own manufacturing base on a war footing. In terms of economic policy, this course eventually generates export markets in the countries whose economies it ruins, reverting to a classical colonial model.

There are no indications that the US values a strategy that increases benefits for all countries, for example by investing the cost of its Middle Eastern wars in hydrogen fusion energy research. Indeed, by contrast with the UK's internationally-supported energy-orientated fusion research programme, the US's fusion programme is weapons orientated.

A new cold war with Russia

Ideally, the US would like the European Union as partner in this adventure and with the traitor Anthony Blair's assistance has succeeded in involving the EU as far as invading Iraq and Afghanistan. However, the position of the EU is increasingly equivocal. In concert with Russia as an energy and resources supplier, the EU could maintain a reasonable equilibrium if the US should trigger world economic meltdown. The US appears to be determined to undermine such a relationship. To this end it persists in installing missiles on Russia's border against all reason. After much talk about cooperation with Russia on arms, the US is currently in talks with Romania with a view to installing interceptor missiles on its territory. The only purpose that these could possibly have is as a provocation and disruption of EU-Russian relations. We have also seen the US-inspired Georgian provocation of Russia and problems with transit of Russian gas through Ukraine. A return to cold war relationships with Russia would be the US ideal.

At some point the US must retrieve jobs from China and Asia generally. This might occur during a period of world instability following a US financial meltdown or specific cause for breaking off relations with China in particular might be found. China's support of Iran would be a useful pretext. The present situation in which China holds, in the form of US debt, an economic weapon against the US is intolerable from what we know of the US and its obsession with power and control.

It is noteworthy that funding for the US Intelligence Authorization Act 2010 was only passed after deleting prohibitions on torture and its penalties from the Act. Torture by the US intelligence services is now overtly legal and without penalty.

From a government with such morality, anything is possible. It is essential that the UK and EU hold to the rule of international law and the objective of peaceful relationships between countries. It is also essential to make alliances based on peace and to abandon current

EU collaboration with the US in Middle Eastern aggression. It is not only morally wrong but the route to EU self-enslavement to the US.

In summary, a situation exists in which it may be in the interests of the United States to seek a “cold war” situation with Russia and China as a pretext for defaulting on its external debt, attacking Iran, taking direct control of all Middle Eastern oilfields and effective control of Europe. There are indications in the US’s NATO First Act and the military occupation of Iraq and Afghanistan that such a plan may be in progress.

Let us contemplate this thought: Far from being enemies of Europe, the Afghan Taliban and Iran may be unknowingly holding off a chaotic world economic meltdown planned by the United States and Israel.

Christopher King is a retired consultant and lecturer in management and marketing. He lives in London, UK. Thanks to antiwar.com for some of the information used in this article .

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern